

11. Politik-Wirtschaft – Hinweise zur schriftlichen Abiturprüfung 2023

A. Fachbezogene Hinweise

Grundlage der schriftlichen Abiturprüfung in Niedersachsen sind die Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung (EPA) Sozialkunde/Politik (2005) sowie das Kerncurriculum Politik-Wirtschaft für das Gymnasium – gymnasiale Oberstufe, die Gesamtschule – gymnasiale Oberstufe, das Abendgymnasium und das Kolleg (KC, 2018). Zugleich gilt ab dem Abitur 2021 die veränderte gemeinsame Operatorenliste für Geschichte, Erdkunde und Politik-Wirtschaft.

B. Themen und Inhalte

Die verbindlichen Kompetenzen im Unterrichtsfach „Politik-Wirtschaft“ werden in den Gegenstandsbereichen der vier Schulhalbjahre der Qualifikationsphase erworben. Es wird vorausgesetzt, dass die Prüflinge die Operatoren aller drei Anforderungsbereiche kompetent auf jeden Gegenstandsbereich anwenden können.

Die unten angegebenen Gegenstandsbereiche des Kerncurriculums sind schwerpunktmäßig, die anderen im KC genannten Gegenstandsbereiche überblicksartig zu behandeln. Zu beachten ist die Unterscheidung zwischen Kursen auf grundlegendem und erhöhtem Anforderungsniveau.

12.1 Politische Partizipation zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Formen und Funktionen von Partizipation in der Demokratie

- Formen politischer Partizipation
- Funktionen von Partizipation für die Demokratie (Artikulation, Integration, Repräsentation, Kontrolle)
- Legitimität, Effizienz, Wirksamkeit, Gerechtigkeit von Formen der Partizipation

Politische Akteure (Bürger, Parteien, Verbände, Initiativen und Bewegungen) im politischen Entscheidungsprozess

- Aufgaben und Einflussmöglichkeiten der politischen Akteure im Willensbildungs- und Entscheidungsprozess

Zusätzlich auf erhöhtem Anforderungsniveau:

Entwicklung politischer Teilhabe

- Statistiken zur Entwicklung politischer Teilhabe (quantitativ und qualitativ)
- Auswirkungen unterschiedlicher Partizipationsformen auf die repräsentative Demokratie

Demokratietheorien

- Theorien der repräsentativen und plebiszitären Demokratie
- Partizipationschancen in der repräsentativen und plebiszitären Demokratietheorie

12.2 Soziale Marktwirtschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Soziale Ungleichheit und Verteilungsgerechtigkeit

- Soziale Ungleichheit am Beispiel der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland
- Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung
- Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit (Egalität, Bedarf, Leistung) als Herausforderung für die soziale Marktwirtschaft

Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft

- Sozialprinzip, Wettbewerbsprinzip, Marktkonformitätsprinzip, Eigentumsprinzip, Haftungsprinzip

Markt und Staat in der Sozialen Marktwirtschaft

- Aufgaben des Staates in der sozialen Marktwirtschaft (u.a. Ordnungsrahmen, Bereitstellung öffentlicher Güter, Wettbewerbssicherung, soziale Sicherung)
- Verhältnis von Markt und Staat in der sozialen Marktwirtschaft

Wirtschaftspolitische Ziele, Maßnahmen und Zielkonflikte

- Ordnungs-, Struktur- und Prozesspolitik
- Das magische Sechseck der Wirtschaftspolitik in Deutschland
- Staatliches Handeln vor dem Hintergrund von wirtschaftspolitischen Zielen und Zielkonflikten

Zusätzlich auf erhöhtem Anforderungsniveau

Einkommens- und Vermögensverteilung (primär, sekundär, politische Konzepte)

- Umverteilung durch Steuern und Transfers
- Politische Positionen zur gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung vor dem Hintergrund von Grundwerten der sozialen Marktwirtschaft (Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit)

Wirtschaftswachstum und Schutz natürlicher Lebensgrundlagen

- Das Spannungsverhältnis von Wirtschaft und Umwelt in Bezug auf Produktion und Konsum
- Das Bruttoinlandsprodukt als Methode zur Messung von Wirtschaftswachstum
- Zielkonflikte zwischen Wirtschaftswachstum und Schutz natürlicher Lebensgrundlagen

13.1 Friedenssicherung als nationale und internationale Herausforderung

Internationale Konflikte und Kriege

- Erscheinungsformen internationaler Konflikte und Kriege sowie politische und ökonomische Ursachen
- Merkmale alter und neuer Kriege (u.a. Ökonomisierung des Krieges, Privatisierung, Entrechtlichung)
- Herausforderungen der Konfliktbewältigung

Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands – Rolle der Bundeswehr

- Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands als Teil internationaler Bündnisse zur Friedenssicherung und Systeme kollektiver Sicherheit (u.a. NATO, EU)
- Verfassungsrechtliche Grundlagen für die Einbindung Deutschlands in Systeme kollektiver Sicherheit
- Deutsche und europäische Sicherheitspolitik und die Rolle der Bundeswehr in transnationalen und internationalen Zusammenhängen

Zusätzlich auf erhöhtem Anforderungsniveau:

Konfliktanalyse und Konfliktlösungsansätze

- Analyse eines aktuellen Konfliktes
- Soziale, politische und ökonomische Ansätze zur Konfliktlösung unter Berücksichtigung des zivilisatorischen Hexagons

13.2 Chancen und Risiken weltwirtschaftlicher Verflechtungen

Ökonomische Globalisierung

- Merkmale der ökonomischen Globalisierung (u.a. Welthandelsvolumen und -ströme, Direktinvestitionen)
- ökonomische Erklärungsansätze für internationalen Handel (u.a. absolute und komparative Kostenvorteile, intraindustrieller Handel)

Außenhandelspolitik und Handelsregime

- Leitbilder der europäischen Außenhandelspolitik (Freihandel und Protektionismus)
- Nationale und europäische Handelspolitik im Hinblick auf tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse
- Möglichkeiten und Grenzen von Handelsregimen (u.a. WTO, internationale Handelsabkommen)

Zusätzlich auf erhöhtem Anforderungsniveau:

Schwellen- und Entwicklungsländer im ökonomischen Globalisierungsprozess

- Integration von Schwellen- und Entwicklungsländern in ökonomische Globalisierungsprozesse
- Wohlstandsindikatoren bei Schwellen- und Entwicklungsländern
- Zukunftsperspektiven von Schwellen- und Entwicklungsländern in ökonomischen Globalisierungsprozessen

Konzeption der Abiturprüfungsaufgaben

Die Abiturprüfungsaufgaben werden so konzipiert sein, dass sie ihren Ausgangspunkt in den schwerpunktmäßig zu behandelnden Gegenstandsbereichen des KC haben. Gesichtspunkte aus den überblicksartig zu behandelnden Gegenstandsbereichen des KC können berücksichtigt werden.

C. Sonstige Hinweise

Zugelassenes Hilfsmittel ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Haftungshinweis:

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle wird keine Haftung für die Inhalte externer Links übernommen. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.